



2020/17 Thema

<https://jungle.world/artikel/2020/17/die-ausbeutung-hat-immer-saison>

Rumänische Arbeitsmigranten gehen hohe Gesundheitsrisiken ein

Die Ausbeutung hat immer Saison

Von **Roland Ibold Andreea Andrei**

Die Arbeitsbedingungen für Wanderarbeiter aus Osteuropa sind in der EU sehr schlecht. Sie werden schlecht bezahlt, betrogen und häufig ihrer Freiheit beraubt. Die Pandemie verschärft diese Bedingungen.

Der Transfer billiger Arbeitskräfte aus peripheren Regionen der Europäischen Union in deren Zentren mitten im Ausnahmezustand der Covid-19-Pandemie führt deutlich vor Augen, wie ungleich politische und ökonomische Macht in der EU verteilt ist. Die Einbestellung von 80 000 Wanderarbeitern zur Ernte nach Deutschland ist nur mit Blick auf die ansonsten beschränkte Bewegungsfreiheit eine Besonderheit. Für jährlich mehrere Hunderttausend saisonale Arbeitskräfte aus Rumänien, Polen und Bulgarien ist die prekäre Beschäftigung auf den Spargel- und Erdbeerfeldern, in den Fleischverarbeitungsanlagen oder in der häuslichen Altenpflege in den alten Mitgliedsstaaten der EU seit Jahrzehnten Alltag. Sie ist einerseits von der Hoffnung auf ein besseres Auskommen, andererseits von Ausbeutungserfahrungen und den sozialen Folgen der von den Bedingungen erzwungenen Mobilität geprägt. Für die deutsche Großbäuerin und den deutschen Verbraucher wurde im April 2020 die Spargelernte gerettet, oder, wie es die Brandenburger Landesregierung in einem Dankeschreiben an die Erntehelfer formulierte, »wurde die Lebensmittelversorgung bei uns gesichert«.

Kein Weg zurück

»Morgens stand ich auf, zehn vor sieben, machte mich fertig. Danach ging ich zu dem alten Mann, um ihn zu wecken, wusch ihn in der Wanne. Danach machte ich Frühstück, brachte ihn in die Küche. Danach saubermachen, fegen, alles wischen. Die ganze Zeit musst du mit ihm sein. Um halb zwölf Essen, und dann brachte ich ihn ins Bett zum Schlafen. Danach wieder in der Küche, um 18 Uhr 30 musste das Essen fertig sein. Dann haben wir ferngesehen, haben erzählt. Um halb neun brachte ich ihn ins Bett. Auch nachts musst du aufpassen, falls er aufwacht. Zwischen ein und drei Uhr nachmittags hatte ich frei. Und sonntags ab 8 Uhr 30«, sagt Mariana B.* aus Nordrumänien. Sie pflegte den 83jährigen Mauro S.* in Bergamo bis zu dessen Tod im März. »Einige Tage lang hatte er Fieber bis 38 Grad. Ich sah, dass es ihm nicht gutging, schon eine Woche vorher. Dann aß

er kaum noch, atmete nur sehr schwer. Ich gab ihm auch Sauerstoff. Mittwoch war es noch schlimmer. Ich brachte ihn ins Bett, und nachts ist er gestorben. Ihn gibt es nicht mehr«, berichtet Mariana der Jungle World.

Für die Behandlung von Wanderarbeiterinnen muss die Krankenversicherung des Herkunftslandes aufkommen.

Auch Mariana wurde krank. »Erst fühlte ich mich nicht gut, und Sonntag, am 8. März, konnte ich mich vor Kopfschmerzen nicht mal im Bett aufrichten. Ich blieb den ganzen Tag im Bett, hatte 38 Grad Fieber, einige Tage lang. Danach ist es runtergegangen, ich hatte noch Paracetamol von zu Hause. Ins Krankenhaus kommen hier aber nur diejenigen, die nicht mehr atmen können.«

Vermittelt durch eine Bekannte kam Mariana im Februar nach Italien, um für zwei Monate zu dort zu arbeiten. Jetzt sitzt sie fest. Wie viele ihrer Kolleginnen hat sie keinen Arbeitsvertrag mit der Familie des zu Pflegenden abgeschlossen, um den Lohn von 1 000 Euro nicht durch Steuern und Versicherungsbeiträge zu reduzieren. Ihr Rückflug Ende März wurde ausgesetzt und ohne Arbeitsvertrag wollte die rumänische Botschaft der Frau nicht helfen, ganz zu schweigen von den italienischen Behörden. Mariana fand auch keine Mitfahrgelegenheit für den abenteuerlichen Weg über geschlossene Grenzen und durch nächtliche »Transitkorridore«, den Tausende ihrer Landsleute in den vergangenen Wochen antraten.

Etwa vier Millionen Rumänen arbeiten dauerhaft oder saisonal im Ausland; viele haben in den vergangenen Wochen ihre Arbeit verloren und sind nach Rumänien zurückgekehrt. Das Interesse dort an ihrer Rückkehr ist gering. Der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis forderte die »lieben Mitbürger aus der Diaspora« auf, lieber dort zu bleiben, wo sie sind. Mit drastischen Maßnahmen versucht die Regierung nun die schnell zu erwartende Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, das von Ärzteabwanderung, neoliberaler Spar- und Privatisierungspolitik sowie Korruption geprägt ist. Für die Behandlung von Wanderarbeiterinnen, die im Ausland weilen, muss aber ohnehin die Krankenversicherung des Herkunftslandes aufkommen – dies begünstigt die von ihrer körperlichen Arbeit profitierenden Gesellschaften.

»Als ich ein Medikament verlangt habe, hat der Chef mich weggeschickt. Er drohte mir Prügel an.« Dumitru P*, Erntehelfer aus Rumänien

Die 47jährige Mariana kommt aus einer ländlichen Gemeinde am Rande des Rodna-Gebirges. Sie hat den Schulabschluss nach der zehnten Klasse erworben, aber keine Berufsausbildung. Die neunziger Jahre überstand sie mit ihrer Familie in ländlicher Subsistenz. 2007, als ihr dritter Sohn sechs Jahre alt war, arbeitete sie erstmals als Näherin in einer örtlichen Firma; »für sehr wenig Geld«, wie sie sagt. Im Nachbarort gab es bei einem italienischen Unternehmen etwas mehr Geld – monatlich 500 Lei, damals rund 120 Euro. 2009 ging sie das erste Mal zur Saisonarbeit nach Italien. Sie arbeitete als Reinigungskraft und Küchenhilfe in einem Hotel, von sieben bis 22 Uhr für 700 Euro im Monat. Wieder in Rumänien fing sie 2010 als Köchin in der örtlichen Pizzeria an. Sie arbeitete drei Tage die Woche, von sechs bis 24 Uhr. Sie schlief in einem Zimmer über

dem Gastraum. An den restlichen Tagen arbeitete sie in für den Landwirtschaftsbetrieb der Arbeitgeber – für den Mindestlohn von 700 Lei.

Jetzt sitzt Marina in Italien fest. Sie lebt noch immer bei der Familie des verstorbenen Mannes, kocht und putzt unentgeltlich für sie, damit sie ein Dach über dem Kopf hat. Währenddessen starten täglich Flugzeuge von Lufthansa, Austrian Airlines oder Tarom mit Wanderarbeitern an Bord von rumänischen Flughäfen in die Wirtschaftszentren der EU.

Die Ware Mensch

»Am Samstag (28. März, Anm. d. Red.) haben sie mich angerufen: ›Am 30. bist du in Österreich!‹ Vor Stress konnte ich nicht schlafen. (...) Jetzt bin ich in einem Hotel in Quarantäne in Wien. Zwei Wochen Quarantäne. Das Hotel, der Flug, das Essen sind gratis, übernommen vom Bundesland Niederösterreich und der regionalen WKÖ (Wirtschaftskammer Österreich). Mitten in dieser Pandemie, in diesem weltweiten Chaos, wurden uns Flug, Unterkunft und Essen gestellt.«

Dana urde mit einem vollbesetzten Flugzeug von Timișoara nach Wien gebracht, vorher hatte sie sich noch eilig einen überbezahlten Mundschutz und Handschuhe gekauft. Ihre österreichische Vermittlungsfirma hat sie unter Druck gesetzt – sie würden ihre Selbständigkeit abmelden, wenn sie nicht jetzt anträte. Als sie, angekommen im Hotel, von den Arbeitsbedingungen erfuhr, weigerte sie sich, den Vertrag zu unterschreiben. Als die Vermittlungsagentin drohte, ihr die Hotel- und Unterkunftskosten in Rechnung zu stellen, erwiderte sie: »Sie belügen mich. Sie sagten, ich bleibe drei Tage in Quarantäne, es sind aber 14. Sie haben mir den Ausweis abgenommen, Sie halten mich so in Leibeigenschaft, in Sklaverei! Sie sagten, ich würde besser bezahlt, geben mir aber nur 67 Euro pro Tag. Es reicht! Ich will nicht mehr mit Ihnen arbeiten!«

Dana hält Kontakt zur Gruppe Drept pentru îngrijire (Rechte für Betreuung, Drept), die rumänische Pflegerinnen in Österreich über Facebook organisiert. Die Hälfte der 80 000 bis 90 000 in diesem Sektor arbeitenden Personen kommt aus Rumänien. Mittels einer medialen Kampagne konnte die Gruppe erreichen, dass den Kolleginnen von Dana ihre eingezogenen Ausweispapiere zurückgegeben wurden. Dana arbeitet mittlerweile über eine andere Vermittlung bei einer Familie, die Hotelkosten musste sie nicht übernehmen. Lügen und Drohungen sind keine Seltenheit in der Branche, wie eine Vertreterin von Drept erklärt. Die Arbeiterinnen unterschreiben bei den Vermittlungsfirmen eine Inkassovollmacht, die das Recht, ihre Selbstständigkeit zu verwalten, den Vermittlungsfirmen überschreibt. Letztendlich können so die Firmen die Selbstständigkeit auch widerrufen.

Im Status der Selbstständigkeit sieht Drept das grundlegende Problem. »Sie sind in keiner Weise selbstständig, in keiner Weise autonom. Sie haben keinerlei Entscheidungsmacht, sind absolut abhängig von den Firmen. Der Staat zwingt sie in diese sogenannte Selbstständigkeit, die völlig ungeeignet für diese Kategorie von Arbeit ist. Die Mehrheit spricht nicht die Sprache, sie können sich nicht wirklich informieren, können die Bürokratie gar nicht bewältigen,« sagt eine Vertreterin von Drept der Jungle World. »Wir können mit Sicherheit in Hunderte ihrer Probleme einsteigen, Probleme mit den Familien, mit den Firmen, mit den staatlichen Institutionen. Wenn man nach der Meinung der Regierung

fragt, vor allem aus diesem neoliberalen Umfeld der ÖVP, bekommt man die Antwort: ‚Aber was? Sie sind selbstständige Firmen, sie haben Verhandlungsmacht!‘ Zum Beispiel die Wirtschaftskammer, die für sie zuständig ist, denn dort sind sie registriert, sie müsste eigentlich ihre Rechte und Interessen vertreten. Sie vertritt aber die Vermittlungsfirmen. Man kann sich vorstellen, wie sie sich gegenüber den Pflegerinnen verhalten.«

Drept veröffentlicht täglich Informationen zu Rechten und Konflikten in rumänischer Sprache und übersetzt Formulare, die nur auf Deutsch verfügbar sind, obwohl 93 Prozent der Pflegerinnen keine Österreicherinnen sind. Doch die umfassende Organisation des Pflegepersonals fällt den zehn Aktivistinnen, nicht leicht. Die oft über 50jährigen Frauen aus ländlichen Regionen Rumäniens sind eingeschüchtert und abhängig von ihrem Einkommen, das nach Abzügen von Krankenversicherung (für drei Monate 500 Euro) und Vermittlungsgebühr (im Fall von Dana 350 Euro) zwischen 800 und 1 400 Euro für einen Rund-um-die-Uhr-Job liegt. Es fällt schwer, politische Solidarität zu organisieren.

Drept geht auf die Initiative der Pflegerin Elena Popa* zurück, die für ihre Kolleginnen in den vergangenen Jahren eine Online-Plattform mit zuletzt 33 000 Mitgliedern ins Leben rief. Hier wurden Übergriffe angeprangert, ausbeuterische Verträge veröffentlicht und Solidaritätsaktionen bei den Arbeiterinnen organisiert. Seit 2018 wurden gegen Elena fünf Verfahren seitens rumänischer Vermittlungsfirmen wegen »übler Nachrede« erwirkt. Sie soll mehrere Zehntausend Euro Strafe zahlen. Die fünf anklagenden Firmen werden von ein und demselben Anwalt vertreten. Drept spricht von Mafiastrukturen. Die Plattform wurde mittlerweile eingestellt und Popa hat sich aus Angst zurückgezogen.

Dana will sich nicht zurückziehen. In einem rumänischen Waisenheim aufgewachsen, war sie selbst vielen Übergriffen ausgesetzt. Sie ist fest entschlossen, nicht aufzuhören, sich weiter zu wehren. Sie weiß, mit welcher Herablassung die Vermittlungsfirmen ihr und ihren Kolleginnen entgegentreten. »Mich als ›Brünnette‹ betrachtend, wissend, dass ich Romni bin, dass ich nicht besonders gebildet und nicht geübt im Reden bin, profitieren sie, indem sie sagen: ›Die Pflegerinnen haben einfach alles zu schlucken und uns zu gehorchen!‹«

Letztendlich würden Immigrantinnen und Immigranten als eine Ware gesehen, fasst ein Mitarbeiter von Drept die Ausbeutungsverhältnisse zusammen: »Die Menschen werden importiert, leisten hier gewisse Dienstleistungen und fertig. Das ist alles. Sie werden nicht als Arbeiter mit gleichen Rechten angesehen, oder als Teil dieses Systems. Sie gehören nicht dazu.«

Deutscher Spargel soll billig bleiben

»Wir wurden dort wie Tiere behandelt. Wir haben drei Wochen gearbeitet, sind hier angekommen, wurden in Quarantäne gesteckt, ohne darüber informiert zu werden. Wir gingen eine Woche zur Arbeit, ohne irgendein Dokument zu unterschreiben. Die Arbeitsstunden wurden auf einen Zettel geschrieben«, berichtet Dumitru P*. Auch die Versorgung vor Ort sei schlecht und teuer: »Es wurde versprochen, uns zweimal pro Woche in einen Laden zu bringen, um Essen und Wasser zu kaufen. Nichts davon war wahr, einmal waren wir in einem Laden, danach wurde auf dem Hof ein Kiosk eingerichtet, mit Lebensmitteln vom Supermarkt, die mit Zuschlag verkauft wurden, ohne Quittung. Einzelne Personen, auch meine Frau und ich, hatten gesundheitliche Probleme. Ich hatte

am Bein Insektenbisse vom Feld, es war sehr geschwollen und tat weh. Ich habe um eine Creme gebeten, aber mir wurde nur entgegnet: »Hau ab, ich hab keine Zeit für dich!« Und meine Frau, erst in dem Moment, als sie komplett verschwollen war und nicht mehr atmen konnte wegen der Allergie, wurde sie ins Krankenhaus gebracht. Sie verwenden da eine Chemikalie für den Spargel. Als ich ein Medikament verlangt habe, hat der Chef mich weggeschickt. Er drohte mir Prügel an. Ich wurde schließlich rausgeschmissen. Wir wurden gezwungen, das Zimmer und den Hof zu verlassen. Ohne Geld.«

Dumitru und seine Frau Anna sind vergangene Woche bei Freunden untergekommen. Auf dem Spargelhof im bayerischen Donau-Ries arbeiten 500 Saisonarbeiterinnen. Dumitru wurde kurz vor dem Einreiseverbot eingeflogen, 60 weitere Arbeiter wurden eine Woche später über die noch offenen Niederlande eingeschleust, bevor Bauernverband und Bundesregierung die sogenannte »Luftbrücke« organisierten. Die von Dumitru alarmierte Polizei ignorierte seine Beschwerde, verwies auf die langjährige Bekanntschaft mit dem Bauern und drohte mit Bußgeld, falls sie noch einmal »falsch« alarmiert würden.

Sevghin Mayr vom Münchner Beratungsverein Sgrim e. V. bestätigt die unhaltbaren Zustände in einigen Agrarbetrieben. Die größten Probleme gäbe es stets bei Unterkunft und Bezahlung. Die Unterkünfte seien oft überfüllt und beengt. Den Menschen sei es verboten, den Hof zu verlassen. Dürrtiges und teures Essen wird ihnen vom Lohn abgezogen. Im Fall von Dumitru kostete ein Mittagessen, bestehend aus zwei Kartoffeln und einer Wurst, neun Euro, dazu noch einmal neun Euro pro Tag für die Containerbehausung. Die Arbeitszeit betrug 13 Stunden, unzulässig selbst nach den derzeit geltenden Ausnahmeregeln. Auch die Kündigungsfristen kritisiert Mayr. In einigen Verträgen betrage sie nur einen Tag, trotz drohender Obdachlosigkeit und keiner Chance auf Rückreise nach Rumänien. Beahlt werde ebenfalls selten korrekt. Üblicherweise beträgt der Reallohn 1 200 Euro, was nicht dem Mindeststundenlohn von 9,35 Euro brutto entspricht, auch wenn man nur zehn Arbeitsstunden, also 93,50 Euro pro Tag berechnet. Dumitrus Arbeitgeber verfolgte ein Wechselsystem mittels einer Normvorgabe von 17 Kilogramm Spargel pro Stunde. »Wer mehr schaffte, wurde pro Stunde bezahlt, wer weniger erntete, pro Kilogramm. Sie machen es so, dass der Arbeiter verliert«, berichtet Dumitrus. Auch die Arbeitsausrüstung würde vom Lohn abgezogen. Außer einem Taschengeld wird der komplette Lohn erst am Ende des Aufenthalts abgerechnet und gezahlt. Mayr fragt sich, ob am Ende auch Mundschutz und Desinfektionsmittel vom Lohn einbehalten werden.

In Sevghin Mayrs Berichten geht es um die aktuelle Situation, aber sie geht davon aus, dass die Zustände vorher wegen der geringeren Medienaufmerksamkeit eher schlimmer waren: »Mich ärgert, dass nicht aus der Perspektive dieser Menschen gesprochen wird. Warum sie hierher kamen, welche ihre Ziele sind, in welchen Umständen sie dort leben und arbeiten, was passiert, wenn sie erkranken. In den Mittelpunkt wird vielmehr die Isolation von der deutschen Bevölkerung gestellt, um diese vor ihnen zu schützen.«

Dumitru und Anna sind keine regulären Erntehelfer. Sie sind durch das Sozialgefälle innerhalb der EU zur Migration gezwungene Agrararbeiter. Nicht sie, sondern die deutschen Betriebe werden subventioniert, damit deutsche Supermärkte weiterhin Lebensmittel billig anbieten können. Costi Rogozianu, Journalist aus Rumänien, betrachtet

auch die Berichterstattung in Deutschland, etwa der Bild-Zeitung, die schreibt, Deutsche seien die harte Arbeit nicht gewohnt, anders als die »stärkeren Rumänen und Polen«: »Der östliche Arbeiter ist flexibel und billig. Er wird nur wie ein Körper gesehen, der Profit schafft. Die interne Migration (innerhalb der EU) wird euphemistisch als ›das Recht auf Mobilität‹ bezeichnet. Was dabei fehlt, ist der transnationale europäische Arbeiter mit gesicherter Würde.«

Seit dem Tod des rumänischen Erntehelfers in Baden-Württemberg (siehe Seite 3) wächst auch in Rumänien das Interesse am Thema. Zahlreiche Medien berichten seit vergangener Woche über Fälle von Arbeitsrechtsverletzungen in der EU und davon, wie stark rumänische Arbeitskräfte betroffen sind.

** Namen von der Redaktion geändert*